Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 14. Wir investieren in die Zukunft mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir investieren in die Zukunft mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik

Wir BÜNDNISGRÜNE verfolgen eine nachhaltige Finanzpolitik – wirtschaftlich sinnvoll, ökologisch verantwortlich und sozial ausgewogen. Um unser Land auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, müssen wir in der Finanzpolitik des Landes umdenken und die Schuldenbremse reformieren.

Es bedarf einer klaren Unterscheidung zwischen staatlichen Konsumausgaben und nötigen Investitionen. Während erstere weiterhin der Schuldenbremse unterliegen sollen, müssen wir zweitere in weit höherem Maße als bisher ermöglichen. Gerade der jetzt anstehende Strukturwandel erfordert große Investitionen in Strom- und Wärmewende, Gebäude, Wirtschaft, Verkehr, Bildung und Digitalisierung. Um Thüringen zukunftssicher aufzustellen, wollen wir diese Investitionen schnellstmöglich über einen "Zukunftsfonds" realisieren. Klimaschädliche Ausgaben des Landes wollen wir sukzessive abbauen und einstellen.

Um diesen Strukturwandel zu schaffen, müssen auch unsere Kommunen gut finanziert sein. Verantwortungsvoll mit unseren Finanzen umzugehen heißt aber auch, unseren Fördermittelempfängern Sicherheit zu bieten und endlich auf institutionelle oder mehrjährige Förderungen umzustellen.

Kernziele:

- Zukunftsfonds für zentrale Zukunftsinvestitionen im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung verfassungskonform auf den Weg bringen
- Klimaschädliche Subventionen und Investitionen beenden
- Finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen sicherstellen
- Institutionelle Förderung für Projekte, die sich als Daueraufgabe etabliert haben

Investitionen in Nachhaltigkeit

Klimaschutz und Klimaanpassung, der Umbau der Wirtschaft, Digitalisierung unserer Verwaltungen, klimafreundliche Mobilität im ganzen Lande sowie Wärme ohne CO2-Ausstoß in energetisch ertüchtigten Gebäuden – all dies sind Stichworte für den Weg in ein zukunftsfestes Thüringen. Auch Investitionen in Bildung, in Migration und soziale Infrastruktur – kurz: in Menschen – müssen priorisiert werden. Große Aufgaben erfordern dabei jedoch auch große Investitionssummen.

Einen großen Teil der Gelder hierfür möchten wir über einen verfassungskonformen "Thüringer Zukunftsfonds" nach Vorbild Saarland oder Bremen bereitstellen, um private oder kommunale Investitionen zu flankieren oder anzureizen. Bei der Ausgestaltung wollen wir Vorschläge aus der Gesellschaft einbeziehen - beispielsweise über einen Bürgerrat. Eins ist dabei gewiss: Die Investitionen werden sich auszahlen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Schwerpunkt auf Investitionen und Zuschüsse mit “doppelter Rendite”, also finanziellem Mehrwert plus nachhaltiger gesellschaftlicher Wirkung
- Fokus auf Zukunftsinvestitionen und Reform der Schuldenbremse, dadurch mittel- und langfristig Einsparungen für das Land
- Ehrliche Bestandsaufnahme über Sanierungsstau bei Infrastruktur sowie von nötigen Investitionen für Klimaschutz und -anpassung
- Überprüfung des Landeshaushalts auf klimaschädliche Subventionen und Zuschüsse und sukzessiver Abbau
- Einführung eines verfassungskonformen Zukunftsfonds zur Unterstützung von Unternehmen, Kommunen, Energieerzeuger*innen und Bürgergemeinschaften z. B. bei Umstellung auf klimaneutrale Produktionsmittel, bei Vorsorgemaßnahmen zur Abmilderung von Klimafolgen, bei der Produktion klimaneutraler Energie oder bei der Schaffung demokratischer Beteiligungsplattformen in Kommunen

Kommunen und zivilgesellschaftliche Projekte bedarfsgerecht finanzieren

Unsere Kommunen müssen auch morgen handlungsfähig sein. Doch hierfür benötigen sie genügend Geld. Unter der rot-rot-grünen Landesregierung haben sich die kommunalen Finanzen so gut entwickelt wie noch nie im Freistaat. Doch es warten schließlich auch große Aufgaben auf die Kommunen, welche finanziert werden müssen. Wir wollen Kommunen in ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit stärken, durch einen modernen Finanzausgleich und die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Projekte aus der Zivilgesellschaft, von Bürger*innen, Vereinen und Verbänden, hinreichend sicher und verlässlich finanziert werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Überführung von langjährig angelegten Projekten in institutionelle Förderung und Erhöhung der Förderdauer bei Projektförderung
- Moderner sozial-ökologischer kommunaler Finanzausgleich, der besonders die Bereiche Klima, Digitalisierung und Bildung berücksichtigt
- Stärkung des "Konnexitätsprinzips", nach dem alle Aufgabenübertragungen an Kommunen angemessen finanziert werden müssen
- Dialog mit Kommunen zum weiteren Schuldenabbaupfad und Haushaltskonsolidierung für stark verschuldete Kommunen
- Stärkere Beteiligung der Bürger*innen an Haushaltsgestaltung ihrer Städte und Gemeinde sowie beim Land, Ausweitung der Bürgerhaushalte
- Abschaffung des Finanztabus bei Volksentscheiden (siehe Kapitel Demokratie)
- Einführung des Gender Budgeting im Landeshaushalt und Schaffung von Anreizen für Kommunen, dies auch in kommunalen Haushalten einzuführen (siehe Kapitel Gleichstellung)